

[View this email in your browser](#)

# RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 2 2022

1. Regional
2. Nicaragua
3. Honduras
4. Guatemala
5. El Salvador

*Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?*

Gerne an: [koordination@rt-za.de](mailto:koordination@rt-za.de)

## 1. Regional

**Publikation:** Das neue Buch "Corona in Lateinamerika" aus der Reihe "Studien zu Lateinamerika", veröffentlicht in der Nomos E-Library, enthält ein Kapitel zur Corona-Politik der nicaraguanischen Regierung von Moritz Krawinkel aus der Mitgliedsorganisation des RT-ZA medico international. Die Publikation enthält auch Informationen zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Honduras, Nicaragua und Guatemala. [Zum Download](#).

**Veranstaltung:** Am 1. April um 16.30 Uhr findet im Rahmen der [Online-Tagung "Menschenrechte in Mexiko: Eine Halbzeitbilanz der Regierung López Obrador"](#) ein Panel zur Migrationspolitik Mexikos statt. Über dieses Thema diskutieren im Panel "Migration und Militarisierung: Repression statt Schutz der Migrant\*innen" die Direktorin der Fundación para la Justicia (FJEDD), Ana Lorena Delgadillo, und die Migrationsforscherin Dr. Ximena Alba aus der Freien Universität Berlin. Die Veranstaltung wird durch die Heinrich-Böll-Stiftung, die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko und die Evangelische Akademie Bad Boll organisiert.

**Krise in der Ukraine:** Die UN-Vollversammlung hat am 2. März die Invasion in der Ukraine verurteilt und Russland zu einem sofortigen Abzug des Militärs aufgefordert. Bei der Abstimmung der entsprechenden Resolution [haben sich Nicaragua und El Salvador enthalten](#). Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hatte bereits am 22. Februar [die Position Russlands und die Aktionen Putins in einer Rede verteidigt](#) und unterstützt. Bisher hat sich der salvadorianische Präsident Nayib Bukele zur Invasion der Ukraine nicht geäußert, was als [stillschweigende Unterstützung](#) interpretiert wird.

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)

19 Uhr (Zentralamerika: 7 bis 11 Uhr) werden Referent:innen aus Zentralamerika und Deutschland dekoloniale Perspektiven auf soziale Bewegungen in der zentralamerikanischen Region diskutieren. Die Veranstaltung wird komplett zweisprachig stattfinden.

## 2. Nicaragua

**Publikation:** Peace Brigades International (pbi) hat das erste Magazin aus ihrem Projekt [“Nicaragua in Costa Rica”](#) veröffentlicht. [“Nicaraguan voices in Resistance”](#) (auf Englisch) enthält Artikel mit unterschiedlichen Stimmen aus dem nicaraguanischen Widerstand im Nachbarland Costa Rica.

**Angriff auf Universitäten:** Die nicaraguanische Regierung hat 14 privaten Universitäten, darunter 7 ausländischer Herkunft, [die Betriebsgenehmigung entzogen](#). Zu den Privatuniversitäten gehört auch die Polytechnische Universität von Nicaragua, [die 2018 im Mittelpunkt der regierungskritischen Studentendemonstrationen stand](#). Am 22. Februar schlug das Innenministerium vor, [zwei weiteren Privatuniversitäten die Zulassung zu entziehen](#), weil sie sich nicht an die Finanzvorschriften des Landes gehalten hätten.

**Hugo Torres:** Der politische Gefangene, ehemalige historische sandinistische Guerillero und General im Ruhestand Hugo Torres [ist am 12. Februar 2022 im Alter von 73 im Gefängnis gestorben](#). Dies geschah, nachdem Oppositionsaktivist\*innen wochenlang [nach seinem Aufenthaltsort und seinem Gesundheitszustand gefragt hatten](#). Torres wird somit der erste politische Gefangene, der im Gefängnis “El Chipote” stirbt.

**Schließung von Organisationen:** Am 17. März [wurde 25 weiteren Nichtregierungsorganisationen in Nicaragua die Rechtspersönlichkeit entzogen](#). Darunter befinden sich der christliche Friedensdienst EIRENE, Mitgliedsorganisation des Runden Tisches Zentralamerika, sowie das [Centro Humboldt](#), das sich mit Umwelt, Naturressourcen und Klimawandel in der zentralamerikanischen Region befasst. Hier zu einem [Interview mit der Geschäftsführerin von EIRENE, Anthea Bethge](#).

## 3. Honduras

**Amnestiegesetz für politische Gefangene:** [Ein von der neuen Präsidentin Xiomara Castro gefördertes Gesetz](#) ermöglicht die Freilassung von Personen, die seit 2009

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)

werden. Das "Gesetz zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechtsstaatlichkeit und der Nichtwiederholung von Ereignissen" [ist am 5. Februar 2022 in Kraft getreten](#) und zielt ebenfalls darauf ab, Aktivisten zu begünstigen, die vom Staat aus eindeutig politischen Gründen unterdrückt und kriminalisiert wurden.

**Gerechtigkeit für Menschenrechtsverteidiger:** Am 9. Februar wurden in Honduras sechs der acht angeklagten Aktivisten vom Guapinol-Fluss zu Haftstrafen verurteilt, einen Tag später hat aber die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes [den Prozess gegen die Umweltschützer annulliert](#). Das Gericht befand, dass der Richter, der die Inhaftierung der Männer ursprünglich angeordnet hatte, dafür nicht zuständig war. Somit wurde das Verfahren hinfällig. Die Entscheidung kam überraschend: Zwei Jahre lang wurden Anträge der Strafverteidiger\*innen der Umweltschützer beim Obersten Gerichtshof ignoriert. Zwei Wochen später, am 24. Februar, [wurden die Aktivisten freigelassen](#). Allerdings bestehe weiterhin eine Möglichkeit, dass sie weiter kriminalisiert werden, [da das Gericht ihre endgültige Freilassung verweigert](#).

**Verhaftung von JOH:** Der ehemalige Präsident von Honduras Juan Orlando Hernández [wurde am 15. Februar aufgrund eines Haftbefehls des Obersten Gerichtshof verhaftet](#). Ihm werden Korruption und Verwicklung in den Drogenhandel vorgeworfen. Hernández verließ freiwillig und friedlich sein Haus in Tegucigalpa und wurde von der Polizei mit einer kugelsicheren Weste und Fuß- und Handfesseln in ein Gefängnis überführt. Dies geschah [im Rahmen eines von den USA beantragten Auslieferungsverfahrens](#).

Eine Woche zuvor [wurde der ehemalige Präsident in die US-Amerikanische "Engel-Liste" von korrupten Akteuren in Zentralamerika aufgenommen](#). Juan Antonio Hernández, sein Bruder, wurde im vergangenen Jahr bereits in den USA wegen Drogenhandels zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 28. März [genehmigte der Oberste Gerichtshof von Honduras die Auslieferung des ehemaligen Präsidenten an die Vereinigten Staaten](#).

#### 4. Guatemala

**Wahl der Generalstaatsanwalt:** Der guatemaltekische Kongress hat das Verfahren für die [Wahl des Generalstaatsanwalts und Leiter\\*in des MP \(Ministerio Público\)](#) eröffnet. Unter anderem kandidieren Consuelo Porras, die derzeitige Generalstaatsanwältin; Oscar Dávila, Leiter der präsidentalen Kommission gegen Korruption; und Jorge Luis Donado, Generalstaatsanwalt der Nation, [für den Posten](#). Consuelo Porras wurde im September letzten Jahres von den Vereinigten Staaten wegen "Behinderung der Justiz" in schwerwiegenden Fällen in Guatemala sanktioniert.

**Angriffe gegen unabhängige Justiz:** Die ehemalige Leiterin der Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) der Vereinten Nationen (UN), Leyli Santizo, wurde am 10. Februar festgenommen. Die ehemalige Staatsanwältin der

[gesteuert wurden.](#)

Nach monatelangen Schikanen und Drohungen hat die prominente, unabhängige Anti-Mafia-Richterin Erika Aifan ihr Amt niedergelegt. Am 9. März hatte die Richterin das Land verlassen und war in die USA ins Exil gegangen. Hier zum [Interview mit El Faro zu ihrer Kündigung und Exil](#) (auf Spanisch). Mit Aifan sind es nun 14 Richter und Staatsanwälte, die fliehen mussten.

**Ley de Familia:** Die Initiative 5272 mit dem Titel "Gesetz zum Schutz des Lebens und der Familie" wurde vom Kongress am Internationalen Frauentag mit nur 8 Gegenstimmen angenommen. In dem Gesetz hieß es, dass "Praktiken, die mit der christlichen Moral nicht vereinbar sind", eine Bedrohung für die guatemaltekische Gesellschaft und den Frieden darstellen. Das Gesetz verbot die gleichgeschlechtliche Ehe, verschärfte die Strafen für Abtreibung und erlaubte die Diskriminierung von LGBTI+-Personen unter Berufung auf das Recht auf freie Meinungsäußerung. Am 10. März forderte Präsident Alejandro Giammattei den Kongress auf, das Gesetz über Leben und Familie aufzuheben, da es Verfassungswidrig ist.

## 5. El Salvador

**Digitale Undercover-Agenten:** Der Kongress von El Salvador hat eine Gesetzesreform verabschiedet, mit der [das legale Konzept des "digitalen Undercover-Agenten" geschaffen wird](#). Mit den Reformen wird auch der Begriff "[digitales Beweismaterial](#)" eingeführt, das in Gerichtsverfahren verwendet werden kann. Organisationen der Zivilgesellschaft sagen, dass [die Maßnahme das Ausspionieren](#) legalisiere.

**"Freedom Haven":** Nayib Bukele [hat dem salvadorianischen Parlament ein Paket mit 52 Gesetzesreformen vorgelegt](#), die mehr Bitcoin-Nutzer anziehen sollen. Mit diesen Reformen will Präsident Bukele das Land nach eigenen Angaben auf dem Weg zu einem wirtschaftlichen "Hafen der Freiheit" voranbringen. Genau wie die Daten über den Umgang mit Bitcoins, die das Land mit öffentlichen Mitteln erworben hat, [ist der Inhalt dieser Reformen nicht öffentlich](#). Das Reformpaket, das wahrscheinlich von Bukeles parteipolitisch kontrolliertem Kongress gebilligt werden wird, wurde ursprünglich auf Englisch auf dem Twitter-Account des Präsidenten angekündigt.

**Militarisierung von Buslinien:** Einer der wichtigsten Transportunternehmer El Salvadors, Catalino Miranda, wurde am 13. März von der Polizei festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, die Fahrpreise erhöht und den Verkehr mit seinen Bussen blockiert zu haben. Anschließend hat die Armee ohne Einhaltung eines rechtlichen Verfahrens [die Kontrolle über mehr als zweihundert Busse von zwei Verkehrslinien, die im gesamten Stadtgebiet von San Salvador verkehren, übernommen](#).

Subscribe

Past Issues

Translate ▼

Gewalt. Samstag, der 26. März, [war mit 62 Totungsdelikten innerhalb von 24 Stunden der gewalttätigste Tag des 21. Jahrhunderts in El Salvador.](#)

Als Reaktion darauf forderte Präsident Bukele den Kongress auf, [einen Ausnahmezustand zu erlassen](#), der in der Nacht zu Sonntag, 27. März, genehmigt wurde. Mit dem Dekret werden die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Verteidigung und das Fernmeldegeheimnis [für mindestens 30 Tage ausgesetzt](#). Drei Tage später gab die Polizei die Verhaftung von 1.400 mutmaßlichen Gangmitgliedern bekannt. [Human Rights Watch](#) kritisierte den Ausnahmezustand, da diese Aussetzung von Rechten zu Menschenrechtsverletzungen führen kann. [Die Interamerikanische Menschenrechtskommission](#) (CIDH) [hat ihre Sorge ebenfalls geäußert.](#)

---

---

---